

*Der Krieg in den Köpfen*  
Narrative, ihre Risiken und Nebenwirkungen

Hans-Bernd Zöllner

Der Begriff „Narrativ“, der Anfang dieses Jahrtausends als ein von Soziologen erfundenes neues Modewort bezeichnet wurde, hat durch den russischen Angriff auf die Ukraine eine aktuelle Bedeutung gewonnen. Das liegt an „Putins Narrativ“, seiner Begründung für die „militärische Operation“ in der Ukraine wie er den Angriff nennt, der bei uns „Putins Krieg“ genannt wird. Damit hat die neutrale Definition des Begriffs „Narrativ“ - „sinnstiftende Erzählung“ – eine weit über die Ukraine hinausreichende bedrohliche Bedeutung bekommen. Die Stärke wirkungsvoller Narrative sind auch ihre größte Schwäche. Sie sind eingängig, stiften Identität, befördern damit aber zugleich auch Feindbilder.

Was da seit dem 24. Februar in der Ukraine geschieht, wird bei uns regelmäßig mit dem Adjektiv „brutal“ charakterisiert. Damit ist ein alternatives Narrativ geboren. Anders als „Operationen“ – wie etwa der kleine Eingriff eines Schönheitschirurgen an einer korrekturbedürftigen Nase – ist ein Krieg immer brutal. Mit diesem alternativen Narrativ wird allerdings gleichzeitig „Putins Krieg“ und damit auch ihm selbst der Krieg erklärt. Es macht Sinn und ist notwendig, der Ukraine beizustehen, nicht nur moralisch, sondern auch militärisch und durch wirtschaftliche Sanktionen.

Allerdings: Diese unsere Antworten auf den Krieg in der Ukraine haben auch eher den Charakter von begrenzten „Operationen“. Angriffswaffen werden nicht geliefert und Gas und Öl wird bis auf weiteres aus Russland bezogen, eine Flugverbotszone wird nicht eingerichtet, denn das könnte den Beginn eines Atomkrieges bedeuten.

Narrative können also extrem gefährlich sein – und waren es schon immer. Sie werfen ein Licht auf den „Krieg in den Köpfen“, der Waffengängen vorausgeht und ihnen den Charakter des Unausweichlichen verleiht. „Sinn“ hat etwas Absolutes an sich, das Kompromisse erschwert wenn nicht ausschließt und die Möglichkeit eines „totalen Krieges“ einschließt. Andererseits ist der Krieg – im technischen Sinn einer militärischen Operation – vielleicht auch „nur“ die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wie es der preußische Militär-Philosoph Clausewitz postulierte – und lässt sich, wie ja auch jetzt zu hoffen ist, mit den Mitteln der Politik auch wieder beenden.

Daraus lässt sich ableiten, dass es sich lohnt, die Narrative, die einem aktuellen bewaffneten Konflikt vorangehen und ihn begleiten, genauer zu betrachten. Das soll im Folgenden geschehen. Dabei werden – so unvoreingenommen wie es dem Autor möglich ist – Materialien zu den Narrativen der Präsidenten der beiden Konfliktparteien präsentiert. Im Fall Putins geschieht das seit dem Jahr 2000 als er die Präsidentschaft übernahm. Die Amtszeit seines ukrainischen Kollegen und Kontrahenten Seelenskyi begann erst 2019, er hat sich aber zum „Sinn“ seiner Haltung zum Konflikt zwischen beiden Staaten ausführlich geäußert. Es folgen Skizzen einiger westlicher Narrative, die einen Einblick in die „Außensicht“ des Konflikts geben sollen.

Insgesamt wird beabsichtigt, durch eine Einbeziehung der historischen Dimension von Akteuren und Beobachtern die vorwiegend zweidimensionalen und weitgehend emotionalisierten aktuellen Berichterstattung und Debatten im Fernsehen und in der Mainstream-Presse zu ergänzen und ein Korrektiv zu den verständlicherweise überwiegend emotionalen Reaktionen auf den Konflikt bei uns zu ermöglichen. Außerdem werden einige Informationen zu verschiedenen Kontexten der Entstehung des Konflikts gegeben.

#### 1 Informationen zu Wladimir Putins Narrativen

Ein Stereotyp der Berichterstattung ist, dass man nicht wissen könne, was Putin als nächstes vorhabe, weil man nicht in seinen Kopf hineinsehen könne. Viele erklären das, was er schon mal

gesagt hat, schlicht als „Lüge“. Ein Blick auf seiner früheren Äußerungen und ihre Kontexte können aber helfen zu verstehen, was seiner Ansicht nach im Blick auf die Ukraine „Sinn macht“.

Wladimir Putin, geboren 1952 in Leningrad, studierte dort Jura und wurde 1975 Mitarbeiter des Geheimdienstes und arbeitete in der Auslandsspionage, seit Mitte der 1980er Jahre lebte er mit seiner Familie in Dresden. Er spricht fließend deutsch, seine Frau, von der er seit 2014 geschieden ist, war Deutschlehrerin. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion kehrte er 1989 in seine Heimatstadt zurück, war von 1994-1996 stellvertretender Bürgermeister von St. Petersburg, wurde 1997 nach Moskau berufen und Leiter einer Abteilung des Geheimdienstes. 1999 ernannte Präsident Jelzin ihn zu seine Sicherheitsberater und er wurde zum Ministerpräsident gewählt. Bei seinem überraschenden Rücktritt am 31.12.1999 ernannte Jelzin ihn zu seinem kommissarischen Nachfolger. Bei den folgenden Wahlen Ende März 2000 erhielt er im ersten Wahlgang 52% der Stimmen.

a) Am 25.9.2001 – kurz nach den Anschlägen in New York vom 11.9. - hielt Putin im deutschen Bundestag eine Rede in deutscher Sprache. Ein Hauptthema war die Sicherheitslage in der Welt.

Wir leben weiterhin im alten Wertesystem. Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung. Wir können uns immer noch nicht über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen usw.[...] Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben.

b) Ende Oktober 2004 besuchte Putin die Ukraine, die seit 13 Jahren ein unabhängiger Nationalstaat war, aus Anlass der Feiern des 60. Jahrestages der Befreiung der früheren Teil-Republik der UdSSR von Nazi-Deutschland. Er beantwortete Fragen im ukrainischen Fernsehen, die sich überwiegend um die Folgen des Zerfalls der Sowjetunion drehten. Es spricht aber alles dafür, dass der Hauptzweck der Reise und auch der Sendung war, einen Russland nahestehenden Kandidaten für die im Dezember anstehende Präsidentenwahl in der Ukraine zu unterstützen. Die Amtszeit eines mit Putin befreundeten Präsidenten, eines früheren Mitglieds des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, lief ab.

In der Sendung<sup>1</sup> bestätigte Putin, dass er sowohl den noch amtierenden Präsidenten wie einen der Kandidaten, den damaligen Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch. Die Putin gestellten Fragen drehten sich um wirtschaftliche Fragen, im Vordergrund standen aber Probleme der Reisefreiheit zwischen beiden Ländern, die nach dem Zerfall der UdSSR nicht mehr wie vorher gegeben war. Auf eine Frage zu der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft antwortete er, dass er es begrüße, darüber nachzudenken. Die Beziehungen zwischen Russland, Belarus und der Ukraine seien ein „Sonderfall“. Über die angesprochene Idee einer einer mehrfachen Staatsbürgerschaft solle nachgedacht werden, ein Anstoß dafür müsse aber aus der Gesellschaft der Ukraine kommen.

c) Bei der einen Monat nach dem Besuch stattfindenden Stichwahl um das Präsidentenamt gewann Janukowitsch in einer Stichwahl gegen seinen Kontrahenten Wiktor Juschtschenko. Der galt als westlich orientiert und war im September nach einem Dioxin-Giftanschlag lebensgefährlich erkrankt. Das Wahlergebnis löste Massenproteste aus, die als die „Orangene Revolution“ bekannt geworden sind – orange war die von Janukowitsch im Wahlkapmpf genutzte Farbe. Der Oberste Gerichtshof erklärte die Wahl wegen massiver Wahlfälschungen auf beiden Seiten für ungültig und ordnete

---

1 <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22661> (aufgerufen 16,3,2022) .

Neuwahl an. Die wurde am 26. Dezember 2004 von Juschtschenko gewonnen. In beiden Wahlgängen zeigte sich eine deutliche Ost-West Spaltung des Landes: Der europafreundliche Juschtschenko gewann im Westen durchweg zwischen 60 und 90% der Stimmer, Janukowisch gelang dasselbe im Osten.<sup>2</sup>

Dieser Sieg wurde von Seiten Putins als ein Ergebnis westlicher Einflussnahme im Zuge der „Farbrevolutionen“ im post-sowjetischen Raum wahrgenommen, die 2003 mit der „Rosenrevolution“ in Georgien begann. Der Präsident formulierte sein Unbehagen an der von ihm wahrgenommenen Einmischung des Westens zugunsten „demokratischer“ Bewegungen in Staaten der früheren Sowjetunion in einem Interview mit ARD und ZDF im Mai 2005<sup>3</sup> – kurz vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes – so:

Die wichtigste Angelegenheit, die mich besorgt: Die Nutzung illegaler Methoden im politischen Kampf in post-sowjetischen Gebieten ist nach meiner Ansicht völlig inakzeptabel, weil es enorm große Territorien in einen Zustand von Konfusion und Destabilisierung stürzen wird.

Auf Nachfrage stellte er fest, dass nicht er, sondern die westlichen Medien von einer Spaltung der ukrainischen Gesellschaft in eine pro-westliche und eine pro-russische Richtung berichteten. Dabei sei „Information, politische und finanzielle Unterstützung“ von „Stiftungen und verschiedenen quasi humanitären Organisationen, die Geld zahlen“ im Spiel. Näheres könnte man beim Bundesnachrichtendienst erfragen. Eine der Organisationen, auf die Putin hier anspielte, waren die vom aus Ungarn stammenden Milliardär Georg Soros ins Leben gerufenen *Open Society* Stiftungen, die rund um den Globus arbeiten.

d) Die russische Regierung beantwortete diese vermutete Einmischung des Westens mit wirtschaftlichem Druck auf die Ukraine. Das Mittel war eine Erhöhung des Preises für Gaslieferungen, der zuvor im Vergleich zu den von westlichen Abnehmern zahlenden Summen sehr stark subventioniert worden war. Einen dramatischen Höhepunkt erreichten die russischen Sanktionen am 1. Januar 2006, als die russische Seite alle Gaslieferungen in und durch die Ukraine für einige Tage einstellte.<sup>4</sup>

Politisch nahm der Präsident die USA und die NATO im Dezember 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz ins Visier. Der Kern seiner Rede<sup>5</sup>, die er ausdrücklich als nicht „übertrieben höflich“ bezeichnete – „dies ist ja nur eine Konferenz“ – bestand in einer Absage an eine monopolare Weltordnung, wie er sie gegenwärtig nach dem Ende des bipolaren Kalten Krieges wahrnahm. Putin diagnostizierte eine „fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt“ richtete sich vor allem gegen die USA und spielte auf die militärischen Interventionen nach dem 22. September 2001 an. Die Ukraine wurde nicht erwähnt, aber die Ausweitung der NATO auf Rumänien und Bulgarien, ehemalige Mitglieder des Ostblocks wurden kritisiert. Eine seiner spitzen Bemerkungen war: „Nebenbei gesagt, lehrt man uns - Russland – ständig Demokratie. Nur die, die uns lehren, haben selbst, aus irgendeinem Grund, keine rechte Lust zu lernen.“

e) In der Ukraine ging die orangene Revolution mit den Präsidentschaftswahlen von Anfang 2010 zu Ende. Wiktor Janukowitsch, der 2004 unterlegene Kandidat aus der Ostukraine, gewann die Wahl gegen Julia Tymoschenko, die 2004 für kurze Zeit mit Juschtschenko als demokratisches

---

2 [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ukraine\\_ElectionsMap\\_Nov2004.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ukraine_ElectionsMap_Nov2004.png) (aufgerufen 16.3.2022).

3 <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22948> (aufgerufen 16.3.2022).

4 <https://journals.sagepub.com/doi/10.1016/j.euras.2013.03.001> (aufgerufen 16.3.2022).

5 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html> (aufgerufen 16.3.2022).

*Dream Team* gefeiert worden war. Wie 2004 war das Wahlverhalten im Westen und Osten des Landes sehr unterschiedlich. Juschtschenko selbst erhielt bei den Vorwahlen nur 5,4% der Stimmen. Seine Politik wurde im In- wie im Ausland als chaotisch bezeichnet. Ein Hauptgrund für den Wahlsieg des russlandfreundlichen Janukowitsch war die Wirtschaftskrise des Landes. Außenpolitisch hatte Juschtschenko versucht, einen NATO-Beitritt der Ukraine in die Wege zu leiten. Kurz nach dem Wahlsieg beschloss das Parlament der Ukraine auf Vorschlag des neuen Präsidenten, diese Option abzulehnen.

f) Putin beendete seine zweite Amtszeit als Präsident 2008 und wurde danach Ministerpräsident. Seine Nachfolge trat Dimitrij Medwedew an, der diesen Posten vorher innegehabt und mit Putin seit langem eng verbunden war. Die Amtszeit des Präsidenten wurde 2010 auf sechs Jahre verlängert. Putin wurde 2012 wieder in dies Amt gewählt.

Die Spannungen in der Ukraine entzündeten sich an der Frage eines Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der Europäischen Union (EU). Eine überraschende Ankündigung des Präsidenten, dies Abkommen auf Eis zu legen, hatte Massenproteste in Kiew zur Folge, die als „Euromaidan“ bekannt wurden, benannt nach dem Platz in Kiews Stadtmitte. 100.000e versammelten sich und es kam auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen ca. 100 Menschen zu Tode kamen. Bei dem Versuch, das Parlament zu stürmen, spielten auch ultra-rechte Nationalisten eine Rolle. Diese Minderheit unter den Demonstranten wurden von Putin als „Nationalisten, Neonazis, Russenfeinde und und Antisemiten“ eingestuft und für die Flucht des Präsidenten verantwortlich gemacht, der nach seiner - verfassungsmäßig umstrittenen - Absetzung durch das Parlament aus dem Land geflüchtet war. 2019 wurde er von einem Kiewer Gericht wegen Hochverrats in Abwesenheit zu 13 Jahren Haft verurteilt.

g) Kurz nach Janukowitschs Flucht ließ Putin auf der Krim am 16. März eine Volksabstimmung über den Anschluss der Halbinsel an Russland abhalten. Nach den russischen Berichten stimmten 96% der Wahlberechtigten für den Beitritt zur russischen Föderation. Die Wahlbeteiligung lag bei 82%. Am 18. März hielt er eine Rede vor dem russischen Föderationsrat und den Angeordneten des Parlaments, in dem er den Schritt begründete.<sup>6</sup>

Er begann mit einem Überblick über die historische Bedeutung der Halbinsel:

Auf der Krim ist buchstäblich alles von unserer gemeinsamen Geschichte und unserem gemeinsamen Stolz geprägt. Hier liegt das alte Chersonesos, wo sich der Hl. Wladimir, Großfürst der Rus, taufen ließ. Seine geistige Heldentat, die Hinwendung zur Orthodoxie, hat die gemeinsame kulturelle, wertmäßige und zivilisatorische Grundlage definiert, die die Völker Russlands, der Ukraine und Weißrusslands verbindet.

Wladimir I, mit dem Beinamen „der Große“ be(ca. 960-1012), wird allgemein als Gründer eines russischen Staatswesens angesehen. Das Zentrum seines Reiches war Kiew, wo er – nach seiner Taufe auf der zum byzantinischen Reich gehörenden „Chersonesos“ - 988 die Schwester des byzantinischen Herrschers heiratete und danach das orthodoxe Christentum im ganzen Reich verbreitete.

Putins weitere Argumentation basierte uf der Grundlage dieser Idee, dass Russland, die Ukraine und Belarus im Grunde „ein Volk“ seien. Viele Krimbewohner hätten gesagt, man hätte sie nach dem Ende der Sowjetunion 1991 „wie einen Sack Kartoffeln aus einen Händen in die anderen“ übergeben. Weiter: argumentierte er, dass in der gegenwärtigen Ukraine die Verfassung mit Füßen getreten und der Westen seine Eindämmungspolitik gegenüber Russland aus den vergangenen Jahrhunderten fortsetzen würde. Schließlich sei ja auch und Deutschland dem Willen der

---

<sup>6</sup> <https://www.eurasischesmagazin.de/ticker/Wladimir-Putin-zum-Anschluss-der-Krim-Rede-im-Wortlaut-Volltext/21> (aufgerufen 17.3.2022).

Bevölkerung entsprechend auch wieder vereinigt worden. Es gehe um die Realisierung des Volkswillens, „denn nur das Volk ist die Quelle jeder Macht.“

Weiter führte er aus:

Ich wende mich auch an das Volk der Ukraine. Ich möchte aufrichtig, dass Sie uns verstehen. Wir wollen der Ukraine keineswegs einen Schaden anrichten oder die nationalen Gefühle verletzen. Wir haben die territoriale Integrität der Ukraine immer respektiert. [---] Wir wollen keine Spaltung der Ukraine, wir brauchen das nicht. Was die Krim anbetrifft, sie wird russisch, ukrainisch und krimtatarisch bleiben. Sie wird wie in den vergangenen Jahrhunderten, ein gemeinsames Haus für die Vertreter aller dortigen Ethnien sein. Doch sie wird nicht von Bandera-Leuten [*ukrainischer Politiker, der mit Nazi-Deutschland kooperierte*] infiltriert sein! - Ich möchte auch daran erinnern, dass in Kiew bereits Absichtserklärungen zum baldmöglichsten NATO-Beitritt der Ukraine gefallen sind. Was hätte diese Perspektive für die Krim und Sewastopol bedeutet? In der Stadt des russischen Ruhms wäre die NATO-Flotte aufgetaucht, was eine nicht nebulöse, sondern eine ganz konkrete Gefahr für den gesamten Süden Russlands bedeutet hätte. All das hätte real passieren können, wenn nicht die Wahl der Krim-Bewohner. Wir danken ihnen dafür.

h) Im April 2014 begannen pro-russische Separatisten in der Ost-Ukraine, in verschiedenen Städten eigene Verwaltungen aufzubauen und riefen die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk aus, die gemeinsam als „Donbass“ (Kurform für „Donezbecken“) bezeichnet werden. Seitdem gibt es Kämpfe zwischen Einheiten dieser „Republiken“, die von Russland unterstützt werden und ukrainischen Verbänden. Die beiden in der belarussischen Hauptstadt Minsk 2014 und 2015 geschlossenen Vereinbarungen führten nicht zu einer Beendigung des Konflikte. Im Februar 2019 wurde die ukrainische Verfassung durch den Zusatz geändert, dass das Land einen Beitritt zur NATO anstrebe.

Am 21.2.2022 hielt Putin eine Fernsehansprache, in der er seine Sicht der Dinge im Blick auf die Ukraine darlegte.<sup>7</sup> Er begann mit einem Überblick über das Zustandekommen der Grenzen innerhalb der Sowjetunion, inklusive Chruschtschows Übergabe der Krim an die Ukraine in 1954. Hier wie auch sonst wurde die betroffene Bevölkerung nicht gefragt. Im Blick auf die Geschichte der Ukraine führte er aus:

Es kann festgestellt werden, dass die Ukraine nie eine stabile Traditionen einer realen Staatlichkeit aufwies. Es entschied sich 1991 dafür, gedankenlos westliche Modelle nachzuahmen, die keine Beziehungen zur ukrainischen geschichtlichen Wirklichkeit haben. Politische Institutionen wurden im Interesse einzelner Clans und selbstsüchtigen Interessen korrigiert, die mit den Interessen der Bevölkerung nichts zu tun hatten. Im Grunde zielte und zielt die pro-westliche zivilisatorische Wahl der oligarchisch-ukrainischen Autoritäten nicht auf bessere Bedingungen für das Wohlergehen des Volkes.

Putin verwies weiter auf die Schwierigkeiten der ukrainischen Politiker, das Land zu stabilisieren, und führte an dass sechs Millionen Ukrainer das Land verlassen hätten, um im Ausland zu arbeiten und die Vorbereitungen dafür, die Ukrainische orthodoxe Kirche, die zum Moskauer Patriarchat gehörte, zu zerstören. Weiter sei das Nachbarland mit Hilfe der NATO aufgerüstet worden. Dies und der Wunsch des Landes, der NATO beizutreten, würden Russlands Sicherheit bedrohen.

Schließlich erwähnte er das Leiden der Menschen im Donbass. Das Minsker Abkommen wurde nicht realisiert und:

Kein Tag vergeht ohne dass die Gemeinschaften im Donbass unter Beschuss geraten. Die jüngst gebildeten großen militärischen Kräfte benutzen Angriffsdrohnen schwere Geschütze, Artillerie, Raketen und Raketenwerfer. Das Töten von Zivilisten, die Blockade, der Missbrauch von Menschen, einschließlich der von Kindern Frauen und der Altern dauert unverändert an. Ein Ende ist nicht in Sicht.

---

<sup>7</sup> <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828> (aufgerufen 20.3.2022).

Damit wird dann der Beschluss begründet, die Volksrepubliken Donets und Luhansk anzuerkennen.

i) Am 23.2.2022 wurde dieser Vorsatz dann realisiert. Ein Tag später begann die „Militäroperation“ gegen die Ukraine.

Putin begann seine Fernsehansprache am 24.2., mit der er seine Aktionen begründete,<sup>8</sup> mit einem Verweis darauf, dass die westlichen Staaten in den letzten Jahren die NATO „von Jahr zu Jahr, rüde und unverschämt“ nach Osten hin erweitert hätten. Das sei trotz der „geduldigen“ Bemühungen Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion geschehen, „mit den führenden NATO-Staaten eine Vereinbarung über die Prinzipien einer gleichberechtigten und unteilbaren Sicherheit in Europa zu erreichen.“ Er verwies dann auf die vielen gewaltsamen Aktionen, die von Seiten der USA und ihrer Verbündeten in Serbien, Libyen, Syrien und im Iraq erfolgt waren. Die Euromaiden-Ereignisse von 2014 bezeichnete er als einen „Coup“ und wiederholte seine Rhetorik, dass in der Ukraine Nazis am Werk seien.

Das Ziel der „Operation“ beschrieb er als

die Menschen zu schützen, denen acht Jahre lang Erniedrigung und Völkermord von Seiten des Regimes in Kiew erlitten haben. Zu diesem Zweck werden wir die Ukraine zu demilitarisieren und zu entnazifizieren versuchen und die vor Gericht bringen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen Zivilisten begangen haben, einschließlich Zivilisten der russischen Föderation.

Es ging also um das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, das nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht ausreichend beachtet worden war. In Putins Sicht richtet sich der Angriff nicht gegen das ukrainische Volk und diene einer Eroberung des Landes, sondern sei gegen diejenigen gerichtet, die das Land als „Geisel“ genommen hätten, also die westlichen NATO-Mächte.

2 Informationen zu Wolodymyr Selenskyis Narrativen

Selenskyi wurde 1978 im ukrainischen Teil der damaligen Sowjetunion als Sohn eines russischsprachigen jüdischen Ehepaars geboren, die ihn taufen ließen. Er studierte Jura, arbeitete aber nie als Jurist. 1997 gründete er eine Kabarettgruppe, mit der er fünf Jahre von Moskau aus durch Länder der ehemaligen Sowjetunion tourte. Er wurde mit einer Serie über einen Lehrer landesweit bekannt, der Politik gegen die Korruption im Lande macht und – u.a. mit Hilfe von Crowdfunding - unversehens selbst zum Präsidenten gewählt wird. Das brachte Gerüchte über seine Kandidatur bei den nächsten Wahlen 2019 in Gang und er verkündete am Silvesterabend 2018 seine Kandidatur. Er wurde wohl von dem Besitzer des Fernsehsenders unterstützt, in dem er seinen Entschluss verkündete. Sein Wahlprogramm war vage und setzte auf seinen Status als Außenseiter, der nicht in die andauernden politischen Affären des Lands verwickelt war. Der Name der von ihm gegründeten Partei – „Diener des Volkes“ – drückt diese Haltung aus. Die Fernsehserie, die seinen Ruhm begründete, trug denselben Namen. In der Stichwahl gegen den bisherigen Amtsinhaber Poroschenko gewann er überzeugend mit über 73% der abgegebenen Stimmen.

a) Selenskyis Antrittsrede vor dem Parlament am 20. Mai 2019 war ein Appell an sein Volk zusammenzustehen und sich mit ihm zu identifizieren. Im ersten Teil seiner Rede<sup>9</sup> sagte er:

Unser europäisches Land beginnt mit jedem von uns. Wir haben einen Weg nach Europa gewählt, aber Europa ist nicht irgendwo da draußen. Europa ist *hier* (er zeigt auf sein Herz). Und nach dem es *hier* erglänzt ist, wird es überall sein, in er ganzen Ukraine.

Danach ruft er alle Ukrainer in der Welt – 65 Millionen, davon 45 Millionen im Land lebend - auf, sich am Aufbau einer neuen Ukraine zu beteiligen. Einreisepapiere würde er besorgen, wenn nötig.

8 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-02-24/full-transcript-vladimir-putin-s-televised-address-to-russia-on-ukraine-feb-24> (aufgerufen 17.3.2022).

9 <https://www.president.gov.ua/en/news/inavguracijna-promova-prezidenta-ukrayini-volodimira-zelensk-55489> (aufgerufen 17.3.2022).

Als Beispiel führte er die Isländer an, die die Fußball-Europameisterschaft gewonnen hätten: Die Spieler auf dem Platz und die Zuschauer auf den Rängen in den Stadien hatten die Fernseh-Zuschauer begeistert, die Mannschaft war aber im Viertelfinale ausgeschieden.:

Wir müssen die Isländer im Fußball werden, die Israelis - in der Verteidigung unseres Heimatlandes, die Japaner – in der Technologie und die Schweizer – in der Fähigkeit, miteinander in Harmonie zu leben, trotz aller Unterschiede.

Als erste Aufgabe muss ein Waffenstillstand im Donbass erreicht werden. Er versprach, alles dafür zu tun – solange keine Territorien abgegeben würden. Auch Menschen – ihre Denkweisen (*mind* in der englischen Übersetzung) müssen zurückgewonnen werden – „selbst wenn ihnen 10 verschiedene Pässe angeboten werden – ein Ukrainer zu sein, geschieht *hier* (*er zeigt auf sein Herz*).“<sup>10</sup>

Dann zitiert er „einen anderen Schauspieler, der ein großer amerikanischer Präsident wurde“ und der sagte: „Die Regierung löst unsere Probleme nicht, die Regierung ist unser Problem.“ Das war ein Satz, den Ronald Reagan bei seiner Antrittsrede im Januar 1981 sagte.

Meine Wahl hat gezeigt dass unsere Bürger die erfahrenen, pompösen Systempolitiker satt haben, die über 28 Jahre [seit dem Ende der Sowjetunion im Jahr 1991] ein Land voller Chancen erschaffen haben - der Chancen zu bestechen, zu stehlen und die Ressourcen zu plündern.

Das soll jetzt anders werden – angefangen damit, dass nicht mehr die Bilder des Präsidenten an den Wänden hängen, sondern die Bilder der Kinder. Aber da die Leute Taten sehen wollen, bekommen die Abgeordneten Aufgaben, die in zwei Monaten erledigt werden sollen: Drei neue Gesetze sollen verabschiedet werden, darunter das, das die Immunität für Abgeordnete aufhebt. Und drei Amtsträger sollen entlassen werden, darunter der Verteidigungsminister.

Die Rede schließt mit dem Ausruf: „Ruhm der Ukraine!“ und einem Nachtrag an die Nation:

In meinem Leben tat ich bisher alles, was ich konnte, damit die Ukrainer lachten. Das war meine Mission. Von nun an will ich alles tun, was ich kann, dass die Ukrainer nicht mehr weinen.

Selenskyis Ansprache am Ende des Jahres<sup>11</sup> hatte denselben appellativen Charakter, mit dem er sich von dem üblichen Stil ukrainischer Politik absetzte. Er würde nicht – „wie es Präsidenten es zu tun pflegen“ - über das Bruttosozialprodukt, Inflation, Diversifikation und andere „obskure Themen“ sprechen und dann die Zuhörer in die Silvesterfeier mit Champagner und Schnittchen zu entlassen. Heute werde jeder aufgefordert, ganz ehrlich eine Frage zu beantworten – „Wer bin ich?“ Es werden eine Vielzahl von Unterschieden aufgelistet. Das Fazit: „Wenn wir unsere Zukunft in derselben Weise sehen, sollte uns das einigen.“

b) Im Blick auf die Geschichte des Landes lassen sich aus den vielen Reden, die Selenskyi gehalten hat, zwei wesentliche Motive zu erkennen. Das eine ist die Betonung einer historischen Kontinuität, die auf die Christianisierung des Landes im 10. Jahrhundert zurückgeht. Beim Jahrestag der Christianisierung am 27. Juli durch Wladimir, der auf Ukrainisch Wolodymyr heißt und damit mit dem Vornamen auch des ukrainischen Präsidenten identisch ist, stellt er fest:

[Dieser Tag] ist ein Zeichen, dass die Ukraine der Nachfolger eines der mächtigsten Staaten im mittelalterlichen Europa ist. In seiner Hauptstadt, die die Hauptstadt der modernen Ukraine ist, begann die Geschichte der Christenheit in Osteuropa, als vor 1033 Jahren der Großprinz Wolodymyr

---

10 Es ist nicht ganz klar, ob sich das auf Ukrainer im Ausland bezieht, solche im Lande, die gerne noch einen zweiten oder dritten Pass hätten oder noch andere.

11 <https://www.unian.info/society/10816211-zelensky-s-new-year-address-everyone-should-answer-the-question-who-am-i.html> (abgerufen 18.3.2022).

von Kiew die Kiewer Rus christianisierte. Kiewer Rus – Ukraine. Dies ist kein Teil unserer Geschichte, das ist die Geschichte selbst.<sup>12</sup>

Er führte dann aus, dass die Kiewer Rus die Mutter aller aller 24 Provinzen des Landes und der Krim sei. „Vettern und entfernte Verwandte sollten da nicht missbräuchlich eingreifen.“ „Wolodymyr der Täufer“ wurde von den orthodoxen wie der katholischen Kirche als Heiliger kanonisiert und damit mit den Aposteln gleichgesetzt. Er sei damit das Vorbild für den weltweit einzigartige ukrainische Rat der Kirchen, zu dem auch Juden und Muslime gehörten.

Das zweite Motiv ist die Betonung der Freiheitsliebe des ukrainischen Volkes. Dies wird symbolisiert durch einen Feiertag, der 2015 von Selenskyis Vorgänger in Erinnerung an die Ereignisse von 2004 und 2014 eingeführt wurden, „Tag der Würde und Freiheit“ genannt. An diesem Tag wird auch den „Hundert himmlischen Helden“ gedacht, die bei den Protesten von 2014 zu Tode kamen. Selenskyi brachte die Bedeutung dieses Tages am 21. Februar 2021 so auf den Punkt:

Wir haben einen hohen Preis für die Freiheit bezahlt und tun das immer noch. [...] wir werden die nie vergessen, die uns unserer Freiheit berauben wollten. [...] Sie waren nicht erfolgreich und werden niemals erfolgreich sein. Und es ist Zeit, dass wir unsere Selbstwahrnehmung [...] ändern. Wir sind keine Opfer, wir werden nicht unterdrückt, wir sind nicht geteilt, wir sind nicht gefangen. Wir sind schön, stark, tapfer, smart, talentierte Menschen. Unbesiegbar. Und das ist so, weil wir Würde besitzen. Sklaverei bedeutet für uns Erniedrigung. Verlust an Freiheit ist ein Verlust an Ehre. Verlust an Ehre ist ein Verlust des Herzens. Verlust des Herzens ist ein Verlust der Seele. Verlust der Seele ist ein Verlust des Lebens. Deshalb sind wir bereit zu kämpfen, und koste es unser Leben – damit wir unser Leben nicht verlieren.<sup>13</sup>

c) Diese Argumentationskette verknüpft er nach den russischen Angriffen in seinen Ansprachen an ausländische Politiker mit dem Streben nach Demokratie und Unabhängigkeit in der westlichen Welt wie etwa bei seiner Rede an den Kongress der Vereinigten Staaten am 16.3.2022.<sup>14</sup> Sie mündet in die Forderung, den ukrainischen Freiheitskampf wirkungsvoll zu unterstützen, etwa durch die Verhängung einer Flugverbotszone über der Ukraine. Während er im amerikanischen Parlament nichts über die Verweigerung dieser Hilfe sagte, attackierte er im deutschen Bundestag die unterlassene Hilfeleistung der Bundesrepublik:

In drei Wochen des Krieges für unser Leben, für unsere Freiheit haben wir uns davon überzeugt, was wir zuvor gespürt haben – und was Sie vielleicht nicht alle merken. Sie befinden sich wieder hinter einer Mauer. Nicht hinter der Berliner Mauer. Sondern mitten in Europa. Zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und diese Mauer wird mit jeder Bombe stärker, die auf unseren Boden fällt – auf die Ukraine. Bei jeder Entscheidung, die nicht für den Frieden getroffen wurde. Die nicht von Ihnen getroffen wurde, obwohl sie helfen könnte.<sup>15</sup>

### 3 Westliche „Narrative“

Die Präsidenten der zwei Hauptbetroffenen des Konfliktes führen ihre Narrative auf die Zeit des großen Wladimir/Wolodymyr zurück. Die Staatsgründung der beiden Länder wird auf dasselbe Ursprungsnarrativ zurückgeführt. Es gibt der Geschichte beider Länder Sinn, der aber in der aktuellen Situation zu einer Konfrontation führt, die in einen Krieg mündet. Die historischen Narrative stützen auf beiden Seiten den jeweiligen Nationalismus.

12 <https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-kiyivska-rus-1033-zvernennya-prezidenta-volodimira-69757> (ausgerufen 18.3.2022).

13 <https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-ukrayini-z-nagodi-dnya-gidnosti-ta-svo-71637> (ausgerufen 18.3.2022).

14 <https://www.nytimes.com/2022/03/16/us/politics/transcript-zelensky-speech.html> (ausgerufen 18.3.2022).

15 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/wolodymyr-selenskyj-rede-bundestag-ukraine> (ausgerufen 18.3.2022).



Demgegenüber suggeriert die hierzulande verbreitete Wendung von der „Zeitenwende“, dass wir es mit einem plötzlich und unerwartet über uns hereingebrochenen Ereignis zu tun haben. Die paradigmatische Metapher von der „Risikogesellschaft“, die der Soziologe Ulrich Beck mit seinem kurz nach der Reaktorkatastrophe von 1986 in damals noch sowjetischen Ukraine prägte, hat offenbar keine tiefen Spuren im öffentlichen Bewusstsein unseres Landes hinterlassen.

Angesichts des seit 2014 andauernden bewaffneten Konflikts im Donbass und den vergeblichen Bemühungen, ihn etwa mit Hilfe der „Normandie-Formats“ genannten Gesprächsrunde von Russland, der Ukraine, Frankreich und Deutschlands zu befrieden, hätte man schon auf die Idee kommen können, dass die Gewalt dort eines Tages eskalieren könne, zumal es dafür angesichts der Diskussionen um „Nordstream 2“ reichlich Anlass gab.

Es gibt auf westlicher Seite verständlicherweise keine nationalen Narrative zu dem aktuellen Konflikt, die „sinnstiftend“ sind, aber eine Reihe von Beobachtungen, die hilfreich sind zu verstehen, was zu dem aktuellen Konflikt beigetragen hat.

a) Typisch für die deutsche Wahrnehmung des Konfliktes ist, dass die „Steinmeier-Formel“ heute in den vielen Talkshows und Berichten zur Lage kaum erwähnt wird. Die „Formel“ wurde vom damaligen deutschen Außenminister bei Beratungen im Jahr 2015 vorgelegt und sah ein stufenweises Verfahren bei der Durchführung von Wahlen im Donbass vor. Es wurde 2019 nach der Wahl Selenskyis kurze Zeit häufig diskutiert, und zwar im Zusammenhang mit dem bisher einzigen persönlichen Zusammentreffen von Putin und Selenskyi in Paris im Dezember 2019 in Paris zusammen mit dem französischen Präsidenten Macron und Angela Merkel. Der Kompromissvorschlag wurde in der Ukraine heftig diskutiert, wobei Selenskyis mögliche Zustimmung als Verrat kritisiert wurde. Die „Formel“ erlitt damit das Schicksal aller anderen Bemühungen, die in der belarussischen Hauptstadt Minsk 2014 und 2015 geschlossenen Vereinbarungen zu einer Friedenslösung diplomatisch zu lösen. Noch im Juli 2020 verbreitete das Auswärtige Amt in einer Presseerklärung: „Deutschland besteht darauf, dass die Ukraine die Steinmeier-Formel in ihrer Gesetzgebung umsetzt.“<sup>16</sup>

b) In den aktuellen Diskussionen gehören die Beiträge des betagten Klaus von Dohnanyi zu den wenigen, die die einseitige „Putinlastigkeit“ der Annahmen über die Konfliktursachen ansatzweise modifizieren. Dohnanyi verweist darauf, dass im Blick auf die Lage nach dem Kalten Krieg eine stärkere Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands von Seiten des Westens zu einer Deeskalation des „Stellvertreterkriegs“ im Osten der Ukraine hätte führen können und verweist auf den amerikanischen Präsidentenberater Brzezinski, der – wie auch Henry Kissinger – geraten hatte, hinsichtlich der Osterweiterung der NATO Rücksicht auf Russlands Empfindlichkeit zu nehmen, die in den Ursprüngen der russisch-orthodoxen Zivilisation in Kiew begründet sei.

c) Die Erkenntnisse von zwei amerikanischen Wissenschaftlern können hilfreich sein, die schlichte und aus einem Schock geborene Phrase von „Putins Krieg“ zu modifizieren.

Samuel Huntington hat in seinem 1995 erschienenen Bestseller *Clash of Civilisations* (etwas missverständlich „Kampf der Kulturen“ übersetzt) die Ukraine als ein europäisches Beispiel für die von ihm untersuchten zivilisatorischen Zusammenstöße analysiert. Er sieht in der Grenze zwischen der West- und der Ostukraine eine religiös-kulturelle Bruchlinie, die geeignet ist, nach Ende des Kalten Krieges zu einem Krieg eines neuen Typs zu führen, den er „Bruchlinienkrieg“ nennt, dessen Ursachen in kulturellen Gegensätzen und den darauf aufbauenden Identitäten zu finden sind. Huntington geht davon aus, dass der Westen der Ukraine, in dem Politiker mit „zentraleuropäischen“ Vorlieben bei Wahlen dominierten, einer „Unierten Kirche“ angehörten, die zwar den orthodoxen Ritus im Gottesdienst praktiziert, aber die Oberhoheit des Papstes anerkennt.

---

<sup>16</sup> <https://www.nach-welt.com/deutschland-forderte-die-ukraine-auf-die-steinmeier-formel-zu-akzeptieren/> (abgerufen 18.3.2022).

Das liegt seiner Ansicht nach daran, dass die heutige Westukraine über Jahrhunderte unter polnischer und litauischer Oberhoheit stand. Hier wurde, im Gegensatz zum Osten, überwiegend ukrainisch gesprochen, während die russische Sprache im religiös überwiegend „russisch-orthodoxen“ Teil des Landes dominierte. Er entwickelt drei Szenarien: Ein bewaffneter Konflikt als unwahrscheinlichste, eine Teilung als wahrscheinlicher und als wahrscheinlichste eine Ukraine, die „vereint und zweigeteilt“ ist.

d) Eine präzisere Voraussage machte der Politologe John Mearsheimer nach der Okkupation der Krim im Jahr 2014.<sup>17</sup> Er sagte voraus, dass wenn der Westen weiter dem Trugbild folge, die Ukraine zu einem westlichen Vorposten an der Grenze zu Russland aufzubauen, der russischen Führung nichts anderes bliebe als die Ukraine zu „ruinieren“ bevor sie ein westlicher Stützpunkt werden könne. Er wendet sich gegen die auch damals schon vertretene These, Putin wolle das sowjetische Imperium wiederherstellen und sei eine Art „neuer Hitler“. Laut Mearsheimer ist die Krise, die zu den blutigen Ereignissen des Euromaidan und zur Absetzung von Präsident Janukowitsch führte, auf eine Politik des Westens zurückzuführen, die aus einem Dreiklang von Erweiterung der NATO und der EU sowie der Förderung von Demokratie an der Westgrenze Russlands bestand. - „Kultur“ ist für Mearsheimer dabei nur eine untergeordnete Kategorie. Der Politologe sieht die Unterschiede zwischen Ost und West, plädiert aber nicht für eine Teilung des Landes.

e) Zwischen dem, was sich auf dem Gebiet der heutigen Ukraine zwischen dem 10. Jahrhundert und dem Ende der Sowjetunion abgespielt hat, liegen wechselhafte Zeiten, in denen nur selten von einer ukrainischen Staatlichkeit gesprochen werden kann. Der Name des Landes bedeutet „Grenzland“ und taucht zuerst Ende des 12. Jahrhunderts als Bezeichnung eines Fürstentums im „Kiewer Rus“ auf. Im Laufe der Zeit bezeichnete er verschiedene Gegenden, in denen Menschen mit einer „ukrainischen“ Kultur lebten, die von der Autorin Ann Appelbaum so bezeichnet wird:

Zu sagen „Ich bin Ukrainer“ war einst eine Feststellung über einen Status und eine soziale Position wie auch eine Ethnizität. „Ich bin ein Ukrainer“ bedeutete dass sich jemand bewusst als ein Gegenüber zum Adel definierte, ein Gegenüber zur herrschende Klasse, der Klasse der Kaufleute, und der Stadtmenschen. Später konnte es auch bedeuten, dass man sich gegen die Sowjetunion positionierte.<sup>18</sup>

Im 19. Jahrhundert entwickelten sich Organisationen, die heute als zivilgesellschaftlich bezeichnet würden und im Zarenreich zeitweise unterdrückt wurden. Nach der Oktoberrevolution gab es ab 1917 für kurze Zeit einen ukrainischen Staat bevor der westliche Teil des Zarenreiches als ukrainische Republik ein Teil des kommunistischen Staates wurde. Als dieser Landesteil dann 1991 unabhängig wurde, setzte sich – so Appelbaum – eine Art Reserviertheit gegenüber staatlicher Macht fort. Die Bewegungen von 2004 und 2014 und auch die Wahl Selenskyis, eines „Anti-Machtpolitikers“, lassen sich so erklären wie auch der Widerstand gegen die russische Aggression. Man könnte folgern, dass die Existenz der beiden Gebiete an der Grenze zwischen beiden Staaten, die sich als unabhängig erklärt haben, ebenfalls ein Ergebnis der ukrainischen Geschichte ist, die allerdings nicht in das Schema der Unverrückbarkeit von Grenzen passt.

#### 4 Disparate Narrative und ein offenes Ende

Man kann aus den hier vorgestellten Materialien vielleicht etwas lernen und Fragen ableiten, aber sie geben keinerlei Hinweise auf eine Lösung des aktuellen Konflikts.

---

<sup>17</sup> <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault> (aufgerufen 18.3.2022). - Aufzeichnung eines Vortrags zum Thema aus dem Jahr 2015: <https://www.youtube.com/watch?v=JrMiSQAGOS4> (aufgerufen 18.3.2022).

<sup>18</sup> <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2022/02/ukraine-identity-russia-patriotism/622902/> (aufgerufen 18.3.2022).

Zu lernen ist, dass nationale Narrative sehr gefährlich sind wenn sie nationalistisch interpretiert werden und dass sie kulturell-religiöse Wurzeln haben. Die aktuellen Staatsoberhäupter der Ukraine und Russlands bezeichnen den Fürsten, der 988 die Orthodoxie im Europa östlich von Polen eingeführt hat, als den Begründer der Zivilisation in ihrem jeweiligen Land., das sie nun mit Waffengewalt gegen ein Geschwistervolk verteidigen. Diese Konfrontation hat somit - auch - den Charakter eines „eiligen Krieges“.

Zum zweiten ist klar, dass „uns“ dieser Konflikt betrifft, emotional wie praktisch. Emotional solidarisiert sich das kollektive deutsche „Wir“ mit überwältigender Mehrheit mit den freiheitsliebenden Ukrainern, allerdings nicht mit denen, die im Osten „Volksrepubliken“ ausgerufen haben. Selesnkyi wird als Held an der Spitze seines Volkes gesehen, Putin als „Lügner“ bezeichnet.

In der politischen Praxis Deutschlands hat der Konflikt zu einer Situation geführt, für die schwer ein passendes Wort zu finden ist. Unser Land ist mit beiden Ländern wirtschaftlich verbunden, wofür die auch durch die Ukraine aus Russland fließenden Gaslieferungen das hervorstechende Symbol sind. „Wir“ finanzieren aber nach wie vor „Putins Krieg“, indem wir Gas aus Russland beziehen, und stehen der Ukraine auf der anderen Seite auch mit Waffenlieferungen bei. Die jüngste Nachricht, dass Deutschland dorthin auch Brandschutztechnologie liefert, lädt zu einer makabren Beschreibung ein: Wir helfen ein Feuer zu löschen, in das wir täglich Öl gießen. Das ist abstrus, bizarr, absurd – nüchtern gesagt: ein unlösbares Dilemma.

Das alles geschieht „bis auf weiteres“ und in der Hoffnung, dass der Krieg bald zu Ende sein wird. Aber bis dahin sind „Wir“ daran beteiligt, dass auf beiden Seiten Menschen sterben und Leid erfahren – und das gilt auch für die russische Bevölkerung, die von den Sanktionen betroffen ist. Die treffen ebenso wenig punktgenau die ins Visier genommenen „Schuldigen“ in Russland wie die russischen Raketen nicht nur „operative“ Ziele des ukrainischen Militärs treffen.

Auf diesem Hintergrund lässt sich fragen, welchen Sinn es macht, gegen „Putins Krieg“ – und gegen alle anderen auf der Welt gleich mit – zu demonstrieren. Was ist das Friedensnarrativ, das „Wir“ – als Deutsche, als Euopäer, als Weltbürger – dagegen halten könnten? Fdas könnten etwa die „westlichen Werte“ sein, die möglicherweise eine Mitursache für die Unlösbarkeit von Konflikten sind wie etwa das „eherne“ Prinzip der „Unverletzlichkeit nationaler Grenzen“, in dem auch das Element des Heiligen mitschwingt, das Kompromisse verhindert. Sehr viele dieser Grenzen wurden gezogen ohne dass die davon betroffenen Menschen befragt wurden.

Ob wir es wollen oder nicht: Der Krieg ist nun auch in unseren Köpfen angekommen. Die Antwort darauf auf dem Spruchband an der Kirche um die Ecke lautet: „SUCHET FRIEDEN“.

Gute Idee, aber: Wie, Wo und Wann auch FINDEN?